

Ländereinkommensrunde

7 Prozent, mindestens 300 Euro – Tarifforderung ist da!

Bundestarifkommission beschließt Paket
am 17. November 2025

Bei Redaktionsschluss für diese „durchblick“-Ausgabe war es so weit: Die Gremien des dbb tagten in Berlin und die Bundestarifkommission beschloss die gewerkschaftliche Tarifforderung.

Beteiligt waren die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz sowie der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Mertens, zugleich Chef der dbb Arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz.

Und so sieht das Forderungspaket aus, mit dem der dbb in die Verhandlungen geht:

7 Prozent Plus auf die Tabellenentgelte, mindestens 300 Euro monatlich; 20 Prozentpunkte Plus auf alle Zeitzuschläge (§ 8 Abs. 1 TV-L); Ausgleich nach individueller Stufe (mindestens Stufe 3); Laufzeit: 24 Monate. 200 Euro monatlich mehr soll es geben für Auszubildende, Studierende und Praktikanten, ebenso eine unbefristete Vollzeitübernahme der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreichem Abschluss (Übernahme im erlernten Beruf). Tarifiert werden sollen die studentischen Beschäftigten mit einem jährlich steigenden Mindeststundenentgelt ab dem ersten Arbeitsvertrag (Mindestvertragslaufzeit 24 Monate pro Vertrag, Mindeststundenumfang grundsätzlich 40 Stunden im Monat).

Manteltariflich wurden folgende Erwartungen formuliert:

stufengleiche Höhergruppierung, Anhebung der Schicht- und Wechselschichtzulagen (auf TVöD-Niveau); ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder sowie unter anderem Start von Reformverhandlungen zur Entgeltordnung.

Für Auszubildende, Studierende und Praktikanten gibt es an manteltariflichen Erwartungen die Zuordnung zur Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe nach erfolgreichem Abschluss sowie ein Wahlmodell für einen Mobilitätzuschuss, nämlich zwischen Deutschland-Ticket und einem Tankzuschuss in Höhe von 50 Euro im Monat.

Mit zum Paket gehört natürlich auch die Forderung der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfänger- und -empfängerinnen im Landes- sowie Kommunaldienst.

Der Zeitplan für die Verhandlungsrunden mit der Arbeitgeberseite steht schon lange fest und reicht bis zur Fastnacht 2026:

- 3. Dezember 2025 Auftakt-runde in Berlin,
- 15./16. Januar 2026 zweite Runde in Potsdam,
- 11. bis 13. Februar 2026 Abschlussrunde in Potsdam.



© Franjo/stock.adobe.com

Es gibt keine Schlichtungsvereinbarung, weshalb ein Verhandlungsergebnis spätestens in der dritten Runde angebracht wäre, wollte man verschärfte Arbeitskämpfmaßnahmen der Gewerkschaften vermeiden. Letztere zeigten sich entschlossen.

dbb Bundeschef Volker Geyer: „Um am Arbeitsmarkt nicht immer weiter hinter der Privatwirtschaft zurückzufallen, muss der öffentliche Dienst dringend attraktiver werden und besser bezahlen!“

dbb Tarifvorstand Andreas Hemsing: „Die Beschäftigten haben ein Recht auf faire und leistungsgerechte Bezahlung!“

Aus Sicht des dbb rheinland-pfalz ist die Forderung maßvoll und unbedingt angemessen. dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Wir fordern die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf den Beamtenbe-

reich. Erst dann wird diese Einkommensrunde abgeschlossen sein.“

Tarifchef Peter Mertens: „Die Länder stehen in Konkurrenz mit dem Bund und den Kommunen, die besser zahlen. Auch die Beschäftigten bei den Ländern haben steigende Lebenshaltungskosten. Ein sicherer Arbeitsplatz allein zahlt weder die Miete noch die Stromrechnung.“

Nun richten sich die Augen auf die erste Verhandlungsrunde. Werden die Arbeitgeber entgegen bisheriger, schon als ritualisiert zu bezeichnender Abläufe dieses Mal zur Abwechslung mit einem Angebot eröffnen? Das Landespersonal ist gespannt. Den gewerkschaftlichen Forderungen wurde jedenfalls postwendend eine Absage erteilt. ■



© dbb

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand Staatssekretär Dr. Denis Alt zu Gast

Diskussion über Digitalisierung

Am 28. Oktober 2025 trafen sich die Mitglieder des Vorstands des dbb rheinland-pfalz vormittags und die Mitglieder des Hauptvorstands nachmittags in Bad Kreuznach zu intensiven Beratungen im Rahmen ihrer turnusmäßigen Herbstsitzungen.

Im Hauptvorstand zu Gast war Staatssekretär Dr. Denis Alt (SPD), der Chief Digital Officer und Chief Information Officer der rheinland-pfälzischen Landesregierung aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung.

> „Interne“ Sitzungsinhalte

Beleuchtet wurde im internen Teil der Beratungen das Kandidatenfeld zur für Anfang Dezember geplanten Nachwahl des stellvertretenden dbb Vorsitzenden und Fachbereichsvorstands Beamtenpolitik.

Berichtet und diskutiert wurde über die Neueinrichtung einer Bundesbeamtenstatus-Kommission beim dbb bund mit dem Zweck der Erarbeitung einer Argumentations- und Medienstrategie im Sinne der Statusgruppe, des bundesweiten Erhalts des Statusrechts und der Abwehr populistischer An-

griffe darauf. Flankierend fasste der Hauptvorstand einstimmig eine Entschließung für den Beamtenstatus, im Wortlaut dokumentiert im Anschluss an diesen Artikel.

Viel gesprochen wurde naturgemäß über die anstehende TV-L Entgelttrunde 2025/2026 der Länder mit Blick auf die Forderungsfindung am 17. November 2025.

Aus den Regionalkonferenzen des dbb im Herbst ging ein Forderungshorizont hervor, der geprägt war von Rufen nach hoher linearer Entgeltanpassung und entlastender Arbeitszeitflexibilität (Vorbild: TVöD-Abschluss). Enthalten war auch die Forderung nach systemgerechter zeit- und inhaltsgleicher Übertragung des hoffentlich schnell erzielten Tarifiergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen/-beamten in Rheinland-Pfalz. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig im Hauptvorstand beschlossen und von unseren Bundestarifkommissionsmitgliedern in die Forderungsfindung auf Bundesebene mitgenommen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerk-

schaften im Bereich des Landesdienstes verabredeten vorsorglich solidarisches Zusammenwirken für den möglichen Fall, dass Warnstreik- und Protestaktionen als Mittel zur Überzeugung der Arbeitgeberseite geplant und durchgeführt werden müssen im neuen Jahr 2026.

Szenarien wurden erörtert, mögliche Aktionen diskutiert und insgesamt die Achtsamkeitsschraube gedreht, damit nötigenfalls kurzfristig öffentlichkeitswirksam Arbeitnehmerdruck entfaltet werden kann, sollte sich die Arbeitgeberseite gegenüber den Gewerkschaftsforderungen verschlossen zeigen.

Erneut erfolgte im Vorstand eine ablehnende Positionierung zum Modell einer (optionalen) pauschalen Beihilfe. Die pauschale Beihilfe (nach Hamburger Modell) beurteilte das Gremium deutlich negativ und lehnte es ab als teuren, mobilitätseinschränkenden Systembruch, der einem Einstieg in den Ausstieg vom bewährten Beihilfensystem gleichkäme.

Berichte aus den Gremien des dbb bund, aus der dbb arbeitnehmervertretung, der dbb



> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und Staatssekretär Dr. Denis Alt.

landesfrauenvertretung, der dbb jugend rheinland-pfalz, dem Arbeitskreis Seniorenpolitik und dem Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften sowie den gebietlichen Untergliederungen und Mitgliedsgewerkschaften rundeten den Lagebericht im Hauptvorstand ab.

> Gast aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD)

Dr. Denis Alt, Staatssekretär im MASTD, hielt einen Impulsvortrag zum Thema Transformation in der Arbeitswelt mit speziellem Blick auf den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz mit anschließender Frageunde.

Künstliche Intelligenz bedinge eine Evolution auch im öffentlichen Dienst, bei der die Mitarbeitenden mitgenommen



> Vorstandsmitglieder des dbb rheinland-pfalz in Bad Kreuznach.

und das Führungspersonal sensibilisiert werden müssten.

New Work benötige Akzeptanz auf allen Ebenen, um zu gelingen – mit Vorteilen für „Kundschaft“, Personal und Führung.

Mobiles Arbeiten bedeute auch insbesondere Führungsherausforderung; gute Führung steigere die Akzeptanz von Agilität. Angesichts des Nachwuchs- und Fachkräftemangels gehe es darum, den Staat so zu organisieren, dass er mit wenigen Mitarbeitern betrieben werden kann.

Gesetzt werden müsse dabei auf mehr zentrale Vorgaben und Vereinheitlichungen, auf mehr Kooperationen und Verfahrensvereinfachungen. Auf der einen Seite werde so die Verwaltung effektiver, auf der anderen (Bürger-)Seite nehme dann die Zufriedenheit mit staatlichen Dienstleistungen zu.

Beispielsweise bei der elektronischen Identität entwickle sich die Praxis hin zu mehr Hindernislosigkeit und somit zu mehr Nutzerakzeptanz, Stichwort „AusweisApp“. Die

Landesregierung verfolge in ihrem Zuständigkeitsbereich mit dem Open-Data-Gesetz im Übrigen eine effiziente Datendritt-nutzung sowie mit dem Prinzip „Once Only“ eine effektivere Beantragung von Leistungen, in dem behördenübergreifende Datennutzung erleichtert wird.

Ihr gehe es allgemein um Basis-Input zu ihrer Digitalisierungsstrategie und deren alltäglichen Einzelfallumsetzungen. Man wünsche sich enge Kommunikation mit den Anwendern im öffentlichen Dienst, die

in ihrer Eigenschaft als versierte Fachleute als Garanten gelingender Transformation angesehen werden.

Nachfragen aus dem Gremium zur Aufgabenkritik im öffentlichen Dienst sowie zur Fehlerkultur schlossen sich an und wurden besprochen.

> **Termin**

Termin für die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz ist Donnerstag, 23. April 2026. ■

Nachruf

Hans Eberhard Hielscher

1936 bis 2025

Hans Eberhard Hielscher, langjähriger Landesgeschäftsführer des dbb rheinland-pfalz, verstarb am 3. November 2025.

Geboren 1936 in Koblenz, schlug Hans Eberhard Hielscher zunächst bei der Stadt Koblenz eine Laufbahn im gehobenen Dienst der Kommunalverwaltung ein.

Seit 1951 Mitglied in der kombi gewerkschaft rheinland-pfalz und von 1964 bis 1968 Vorsitzender des kombi Ortsverbandes Mainz, leitete er von 1965 bis 1968 auch die dbb jugend rheinland-pfalz.

Über 30 Jahre lang führte er von 1968 bis zum Jahr 2000 in Mainz die Geschäfte des dbb Landesbundes. Mit dem Landesgeschäftsführeramt beim dbb übernahm er gleichzeitig die Redaktion der Mitgliederzeitschrift „durchblick“ (vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“). Hans Eberhard Hielscher arbeitete mit vier Landesvorsitzenden zusammen unter außergewöhnlichem Einsatz, oft zulasten

persönlicher Freiräume. Damit prägte er als gewerkschaftlicher „Überzeugungstäter“ die Landesbundarbeit jahrzehntelang maßgeblich mit Fortwirkung bis heute.

Im Ruhestand blieb Hans Eberhard Hielscher gewerkschaftlich aktiv und besuchte zum Beispiel regelmäßig Veranstaltungen des dbb Bezirksverbandes Rheinhessen und Aktionen des dbb Landesbundes. Zunächst fungierte er als Pressereferent des damaligen Seniorenverbandes BRH Bund, dann als Aktiver im Seniorenverband BRH Rheinland-Pfalz und danach als Redakteur des breit gestreuten und über die Bundesländergrenzen hinweg geschätzten Informationsdienstes „BRH aktuell“ des Seniorenverbandes BRH Nordrhein-Westfalen.

Wegen seiner herausragenden Verdienste im gewerkschaftlichen Bereich war Hans Eberhard Hielscher seit 1979 Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Die dbb Familie hatte in Hans Eberhard Hielscher einen überaus



> Hans Eberhard Hielscher

versierten, engagierten und für die Gewerkschaftssache stets dynamisch und einsatzfreudig agierenden Mitstreiter, der in jahrzehntelangem Wirken viel bewegt und geschafft hat.

Sein ausgezeichnetes Wirken hatte Vorbildcharakter in Leistung, Berufsethos und Solidarität. ■

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und die dbb Landesgeschäftsstelle trauern um den verdienten Kollegen. Wir werden Hans Eberhard Hielschers Andenken in Ehren bewahren.

Unser Mitgefühl sowie unsere Anteilnahme gelten seiner Familie, seinen Freunden und Weggefährten. ■

Hauptvorstand Entschlüsse ein- stimmig verabschiedet

Für den Beamtenstatus und für eine gute Finanz- und Sachausstattung des Landesdienstes

> Für einen beständigen Beamtenstatus im öffentlichen Dienst

Der dbb rheinland-pfalz bekräftigt mit Nachdruck: Der Beamtenstatus ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer leistungsfähigen, demokratisch verfassten, rechtsstaatlichen und rechtssicheren Verwaltung.

Politische Vorstöße, die die flächendeckende, verwaltungsspartenübergreifende Verbeamtung auf allen öffentlichen Ebenen (Bund/Länder, kommunale Gebietskörperschaften, öffentliche Anstalten und Stiftungen) infrage stellen, gefährden die Funktionsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Deshalb ist der Beamtenstatus für den dbb rheinland-pfalz nicht verhandelbar.

Wir fordern die Sicherung des Beamtenstatus in allen Bereichen staatlicher Aufgaben.

Unsere Gründe und Argumente sind eindeutig:

- Der Beamtenstatus gewährleistet politische Neutralität und Unabhängigkeit gegenüber tagespolitischen Einflüssen.
- Er schützt vor einer kurzlebigen Kommerzialisierung staatlicher Aufgaben.
- Er sichert die besondere Treuepflicht, die ein verlässliches Fundament für den Dienst am Gemeinwohl bildet.
- Er ist wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung des Legalitätsprinzips und

somit für Gleichbehandlung und Gerechtigkeit.

- Er garantiert eine rechtsstaatlich abgesicherte, stabile Personalstruktur und macht den Staat krisenfest.
- Durch einheitliche Laufbahn- und Statusrechte stärkt er die Attraktivität öffentlicher Arbeitgeber gegenüber der Privatwirtschaft.
- Er trägt erheblich zur Nachwuchsgewinnung bei, da er Verlässlichkeit und Perspektive bietet.
- Er macht den öffentlichen Dienst im föderalen Gefüge vergleichbar, planbar und sicher.

Wir fordern daher unmissverständlich:

Der Beamtenstatus muss erhalten sowie rechtlich abgesichert bleiben und in seiner gesellschaftlichen Bedeutung von den Spitzen unseres Staates und von allen politischen Organen klar bestätigt werden. Die Personalpolitik der öffentlichen Hand muss sich an diesen klaren Kriterien ausrichten. Nur so lässt sich die Handlungsfähigkeit des Staates auf Dauer am besten sichern. Dazu ge-



hört auch die systemgerechte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ländertarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung und -versorgung.

> Appell für eine funktionsgerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes

Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl 2026:

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz braucht die vorbehaltlose und entschlossene Unterstützung der Landespolitik.

Denn er ist das Fundament unserer Demokratie und der Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen – in Schulen, Hochschulen, Verwaltungen, Sicherheitsbehörden, Justiz, Kliniken ebenso wie in der kommunalen Daseinsvorsorge. Keine gesellschaftliche Aufgabe kann auf Dauer bewältigt werden, wenn ihre Erfüllung an strukturellem Personalmangel, unzureichenden Ressourcen und damit an völlig überlasteten Beschäftigten scheitert.

Die Maxime gilt unverändert: Ohne funktionierenden öffentlichen Dienst ist kein Staat zu machen! Diese Grundwahrheit muss Leitlinie des politischen Handelns der politischen Parteien, des Landtags und der Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode sein. Gerade in Zeiten, in denen komplexe Herausforderungen wie Klimaschutz, Digitalisierung, Fachkräftemangel, Migration und Krisenbewältigung auf die Tagesordnung drängen, brauchen die Menschen im

Land verlässliche staatliche Strukturen.

Unverzichtbare Elemente solcher Strukturen sind gute Arbeitsbedingungen und ganz besonders eine ausreichende Finanzierung als Grundvoraussetzungen für motivierte Beschäftigte.

Wir fordern deshalb die demokratischen Parteien eindringlich auf, in ihren Programmen und insbesondere in eventuellen Koalitionsverhandlungen den öffentlichen Dienst nicht als Kostenfaktor, sondern als notwendige Investition zu begreifen und zu fördern. Es geht nicht nur um faire Besoldung und Tarifentwicklung, sondern auch um Personalaufbau in Engpassbereichen, moderne Ausstattung, Qualifizierungsmöglichkeiten und Planungssicherheit für die Verwaltungen und Einrichtungen. Es ist sicherzustellen, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein Land bleibt, in dem ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst den sozialen Zusammenhalt trägt, die Sicherheit gewährleistet und den Anspruch auf Bildung, Gesundheit und Teilhabe verwirklicht.

Unsere Erwartung an die demokratischen Parteien lautet: Bekennen Sie sich klar zu dieser Verantwortung – und sorgen Sie für die notwendigen Ressourcen im Landeshaushalt. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Beschäftigten ihre Aufgaben auftragsgerecht erfüllen können und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat erhalten und gestärkt wird. ■

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und die „durchblick“-Redaktion wünschen eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest, besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.



© Cintia/stockadobe.com